

Kommune korrigiert Berlin

Großenknetter Landwirte haben größere Chance, hofnahe Ställe zu bauen

Von Ove Bornholt

GROSSENKNETEN ■ Der Planungs- und Umweltausschuss der Gemeinde Großenkneten hat empfohlen, Landwirten die Möglichkeit zu geben, gewerbliche Stallanlagen in Hofnähe einfacher zu errichten. Das war durch die Änderung eines Bundesgesetzes im vergangenen Jahr schwieriger geworden. „Da hatte der Gesetzgeber unbedacht gehandelt“, kritisierte Bernhard Rump von der Landwirtschaftskammer die Hauptstadtpolitiker.

Diese hätten bei der Novellierung des Gesetzes die Folgen nicht durchdacht. „Man hat keine Planspiele durchgeführt.“ Kern des Problems ist, dass landwirtschaftliche Bauten privilegiert sind, so lange sie nicht gewerblich sind. Gewerblich werden sie

unter anderem dadurch, dass der Landwirt theoretisch nicht genügend Fläche zur Verfügung hat, um die Tiere in den neuen Ställen zu versorgen.

Die Gesetzesänderung sieht vor, dass die Zahl der Tiere an der Hofstelle mit den Tieren in den neu geplanten Ställen zusammengezählt wird, und wenn dann nicht genügend Fläche für alle Tiere vorhanden ist, ein gewerbliches Bauvorhaben vorliegt, das nicht mehr privilegiert ist. Knackpunkt ist bei der Änderung die Addierung der Tiere in der Nähe zur Hofstelle. Denn dadurch werden Ställe in Außenbereichen attraktiver – dort werden die Alt- und Neubestände nicht addiert.

Um die komplizierte Materie zu verdeutlichen, trug

Rump den Politikern ein Beispiel vor. Ein Landwirt mit 70 Hektar Acker- und 10 Hektar Grünland sowie 1000 Mastschweinen im Stall wolle sich um 1500 Mastschweine erweitern, so das Beispiel. Diese brauchen theoretisch 66 Hektar Fläche zum Futteranbau – zusätzlich zu den 53 Hektar die für die 1000 Schweine nötig sind. Also sei zu viel Land erforderlich, sagte Rump. „Aber im Außenbereich, also zum Beispiel 300 Meter entfernt, darf gebaut werden.“ Durch dieses Gesetz würde die Zersiedelung des Außenbereiches vorangetrieben, das sei nicht im Interesse des Landwirtes und der Gemeinde.

In den Baufenstern, die laut Ausschussempfehlung grundsätzlich möglich sein sollen, könnten die Land-

wirte durch vorhabenbezogene Baupläne gewerbliche Bauten einfacher errichten. Ob dadurch mehr Ställe möglich seien, wollten einige Politiker wissen. „Die Emissionswerte müssen nach wie vor eingehalten werden“, versicherte Rump.

Mit den Stimmen von CDU/FDP, von der Gruppe kam der Antrag, und SPD beschloss der Ausschuss die Empfehlung. Bei der Kommunalen Alternative (KA) regte sich Widerstand. „Neubauten für gewerbliche Tierhaltung sind grundsätzlich unmöglich“, so KA-Vertreter Uwe Behrens. „Nur landwirtschaftliche Bauten mit genügend Boden helfen uns“, sagte er. In den kommenden Monaten erstellt die Gemeinde einen Kriterienkatalog für die Genehmigung der Baufenster.